Pressemitteilung

BUNDESARITE

125. Deutscher Ärztetag

Ärztetag für Klimaneutralität des Gesundheitswesens bis 2030

Berlin, 02.11.2021 – Deutschland braucht eine nationale Strategie für eine klimafreundliche Gesundheitsversorgung. Der dafür notwendige Investitionsbedarf, etwa für den Bau klimaneutraler Krankenhäuser sowie für die Nutzung klimaneutral gewonnener Energie im Gesundheitsbereich, muss in dieser Strategie zwingend berücksichtigt sein. Das forderte der 125. Deutsche Ärztetag im Rahmen seiner Beratungen zum Thema "Klimaschutz ist Gesundheitsschutz". Die Abgeordneten forderten die Bundesländer auf, Sonderfonds zu schaffen, aus denen Kliniken finanzielle Unterstützung für den Bau klimaschonender Infrastruktur erhalten.

Die Abgeordneten des Ärztetages appellierten zudem an die Verantwortlichen im Gesundheitswesen, die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität des Gesundheitswesens bis zum Jahr 2030 zielstrebig, konsequent und zeitnah in Angriff zu nehmen. Dafür bedürfe es Klimaschutzpläne in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Auch sollten Klimaschutzbeauftragte etabliert werden, die für die Umsetzung dieser Pläne zuständig sind.

"Wir dürfen vom Klimaschutz nicht nur sprechen, sondern müssen ihn auch praktizieren", sagte PH Dr. Peter Bobbert, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer (BÄK) auf dem Ärztetag. Auch das Gesundheitswesen trägt zur Entstehung klimaschädlicher Emissionen bei. "Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen nicht zu einem Trigger des Klimawandels wird", betonte Bobbert. Das müsse eine der vordringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung sein.

"Es ist unsere ärztliche Pflicht, die Auswirkungen des Klimawandels klar zu benennen, die daraus resultierenden Gefahren für die Gesundheit aufzuzeigen und Gegenmaßnahmen einzufordern", betonte Dr. Gerald Quitterer, der ebenfalls Mitglied Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1 10623 Berlin

Ansprechpartner: Alexander Dückers Samir Rabbata Tel. (030) 40 04 56-700 Fax (030) 40 04 56-707 www.baek.de presse@baek.de des BÄK-Vorstandes ist. Die Ärzteschaft müsse ihren Beitrag dazu leisten, dass sich das Gesundheitswesen darauf vorbereitet, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Dazu gehöre auch, sich für eine intakte Umwelt als Basis für gesunde Lebensbedingungen einzusetzen. "Denn Klimaschutz ist Gesundheitsschutz und Gesundheitsschutz ist Klimaschutz. Eines geht ohne das andere nicht", so Quitterer.

Immer häufiger kommt es auch in Deutschland zu klimabedingten Hitzewellen, die vor allem für ältere Menschen oder solche mit Vorerkrankungen tödlich verlaufen können. In einer vierstündigen, engagiert geführten Debatte bekräftigten die Delegierten, dass Bund, Länder und Kommunen sowie die Einrichtungen des Gesundheitswesens in der Pflicht seien, umgehend Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Hitzewellen zu intensivieren. Dazu gehöre, die für den Aufbau resilienter Strukturen notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Auch sollte das Wissen um die gesundheitlichen Folgen von Hitze adäquat in die Aus-, Weiterund Fortbildung aller Gesundheitsberufe integriert werden.

Neben einem nationalen Hitzeschutzplan bedürfe es aus Sicht der Ärzteschaft konkreter Maßnahmenpläne für Kliniken, Not- und Rettungsdienste sowie Pflegeeinrichtungen zur Vorbereitung auf Extremwetterereignisse. Gesundheitseinrichtungen sollten nach dem Willen des Ärztetages an das Frühwarnsystem des Deutschen Wetterdienstes angeschlossen werden. Die Bevölkerung sollte außerdem kontinuierlich über die Intensität klimabedingter Belastungsfaktoren wie Hitze oder erhöhte Ozonwerte informiert werden.

Der Ärztetag befürwortet zudem das Ziel des BÄK-Vorstandes, die Geschäftsstelle inklusive der Gremiensitzungen sowie das Verwaltungshandeln der Bundesärztekammer bis zum Jahr 2030 klimaneutral auszugestalten.